

GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE

Zeitschrift für soziale Theorie und Praxis

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

3. JAHRGANG

FEBRUAR 1952

HEFT 2

Hans vom Hoff

PROBLEME DER LOHNPOLITIK

I. ZIELE DER LOHNPOLITIK

Das Bild des gesellschaftlichen Lebens in Westdeutschland zeigt dem unvoreingenommenen Betrachter ungewöhnlich große Unterschiede des Lebensstandards der verschiedenen Bevölkerungsschichten. Die Arbeitnehmer, auf deren Schultern nach dem Zusammenbruch der westdeutschen Wirtschaft die Hauptlast des Wiederaufbaues ruhte, bilden neben den Rentnern und Sozialunterstützten diejenige Gesellschaftsschicht, deren Lebensstandard der wirtschaftlichen Entwicklung nicht gefolgt ist. Die Arbeitnehmer fordern, daß sie an dem Ergebnis der gesellschaftlichen Gütererzeugung entsprechend ihrer gesamtwirtschaftlichen Leistung beteiligt werden. In diesem Sinne ist das Ziel der Gewerkschaften als Interessenvertretung der arbeitenden Menschen: *hohe Kaufkraft des Lohnes und besserer Lebensstandard.*

Die Schwierigkeiten in der Lösung der Lohnfrage liegen nach gewerkschaftlicher Auffassung in Deutschland besonders darin, daß der Ausgleich zwischen dem Lohn als Kostenfaktor einerseits und als Einkommen der Arbeitnehmer andererseits bisher nicht den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten entsprechend erreicht wurde. Für die Arbeitnehmer und damit für den größten Teil der Bevölkerung bildet der Lohn die einzige Lebensgrundlage. Während der Lohn also in der betrieblichen Betrachtungsweise als Kostenfaktor in der Regel nur einen verhältnismäßig engen Geltungsbereich in Anspruch nehmen kann, geht er in seiner Bedeutung als Einkommensgröße in die gesamten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ein.

Vor allem ist es notwendig, den Lohn nicht als eine feststehende und begrenzte Größe zu sehen. Er ist genau wie die Wirtschaft dynamisch. Die Berücksichtigung der Produktivität als Ursache der Vergrößerung des Sozialproduktes wird somit zu einem echten ökonomischen Bestandteil der Lohnpolitik. Die gegenwärtigen Diskussionen und Bemühungen um neue Wege der Lohnpolitik beweisen, daß die bisher gebräuchlichen Lohnmethoden den Produktivitätssteigerungen nur ungenügend Rechnung getragen haben.

Bei den Überlegungen über die Bedeutung des Lohnes für Wirtschaft und Gesellschaft wird meistens noch ein wichtiger Tatbestand übersehen. Eine erfolgreiche Lohnpolitik und damit verbunden ein den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen entsprechender Lebensstandard, ist in hohem Maße geeignet, den politischen und sozialen Frieden im Lande sicherzustellen. Mit dieser wichtigen Aufgabe wächst die Lohnpolitik aus ihrem rein ökonomischen Bereich heraus und greift wirkungsvoll in das gesellschaftliche Zusammenleben ein.

Diese Zielsetzungen der gewerkschaftlichen Lohnpolitik hat der verstorbene Vorsitzende des DGB, Hans Böckler, auf dem Gründungskongreß des DGB in München im Oktober 1949 mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht:

„Die hier vertretenen Gewerkschaften sehen ihre Aufgabe in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ausschließlich in der Beseitigung jeder sozialen Not durch die Herbeiführung menschenwürdiger Arbeits- und Lebensbedingungen für alle schaffenden Menschen.“

Ähnlich heißt es im Artikel 55 der UNO-Satzung:

„..... sollen die Vereinten Nationen fördern: höhere Lebenshaltung, Vollbeschäftigung und Lebensbedingungen, die wirtschaftlich und sozial dem Fortschritt und der Entwicklung förderlich sind . . .“

Aus dieser Haltung heraus ergeben sich die drei Grundanliegen jeder Wirtschaftspolitik:

„— niemand in Armut verkommen zu lassen, keine zu großen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten in der Einkommensverteilung zu dulden und jedem einen sicheren und ständigen Arbeitsplatz zu geben —“

II. DIE GEGENWÄRTIGE LOHNSITUATION

1. Nominallohn

In der letzten Zeit werden der Öffentlichkeit von Arbeitgeberseite wie auch von der Bundesregierung Zahlen sowie statistische Übersichten zur Lohn-, und Preisentwicklung unterbreitet, die zu beweisen versuchen, daß der Lebensstandard der Bevölkerung und insbesondere der Industriearbeiter sich seit der Währungsreform wesentlich verbessert habe. So wird im Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom November 1951 erklärt: „*Schon die amtliche Lohn- und Preisstatistik widerlegt die Behauptung vom sinkenden Reallohn. Seit der Währungsreform sind die Wochenverdienste um 80 vH., die Preise jedoch nur um 10 vH. gestiegen.*“

Mit diesen Zahlen ist in der Öffentlichkeit eine große Täuschung hervorgerufen worden. Ein großer Teil der Presse hat diese Darlegungen in besonderer Aufmachung gebracht. Dadurch ist der gewollte Eindruck entstanden, die Löhne seien den Preisen weit vorausgeeilt.

Gewiß sind seit der Währungsreform Veränderungen in der Lohngestaltung in allen Zweigen der Wirtschaft eingetreten, und dadurch ist auch eine Änderung in der Lebenshaltung in einem gewissen Umfang möglich geworden. Es wäre aber falsch, wollte man zum Beweis der veränderten Lebenshaltung die amtliche Statistik als bestimmende Grundlage für die Beurteilung nehmen. Hier sind — soweit die Verdienststatistik in Frage kommt — nicht unbeträchtliche Vorbehalte und Einschränkungen zu machen. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die von Arbeitgeberseite verwendete Verdienststatistik nur Angaben über die Löhne der Industriearbeiter in Deutschland enthält. Dieser Personenkreis umfaßt jedoch nur rund 30 vH. der Gesamtzahl der Beschäftigten, nämlich etwa 4,3 Millionen von insgesamt 15 Millionen Beschäftigten. Darauf ergibt sich, daß für mehr als 10 Millionen Beschäftigte aus der amtlichen Statistik Angaben über deren tatsächliches Einkommen nicht zu ersehen sind. Die jetzt eingeleitete Lohnstruktur-erhebung im Bundesgebiet, für die die Verhältnisse im November 1951 zugrunde gelegt werden, wird erweisen, wie die Lohnverhältnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen tatsächlich sind. Es sei hier nur vermerkt, daß diese Lohnstruktur-erhebung auf gemeinsames Verlangen der Gewerkschaften und Arbeitgeber angeordnet wurde.

Wer die wirklichen Lohnverhältnisse kennt — zu dem Lohn zählen in diesem Zusammenhang nicht nur die Löhne an sich, sondern auch die Gehälter der An-

1) An anderer Stelle des Berichts wird von 12 vH. gesprochen.

gestellten und Beamten —, weiß, daß sich, die Veränderungen seit der Währungsreform prozentual in einem ganz anderen Verhältnis entwickelt haben.

Die vom WWI angestellten Untersuchungen für die Entwicklung der Monatsverdienste in der deutschen Wirtschaft ergeben folgendes Bild:

*Monatliche Verdienste der Industriearbeiter und aller Arbeitnehmer
von Juni 1948 bis September 1951*

Zeit	Durchschnittlicher Industriearbeiter		Bruttomonatsverdienst alle Arbeitnehmer	
	DM	Index	DM	Index
1948 Juni	175,53	100	190,—	100
Dezember	218,53	124,5	220,—	115,7
1949 März	227,70	129,7	230,—	121,5
Juni	239,66	136,5	234,88	123,6
September	247,89	141,2	240,—	126,3
Dezember	246,85	140,6	238,—	125,3
1950 März	252,22	143,7	250,—	131,6
Juni	259,59	147,9	253,78	133,6
September	271,90	155,0	260,—	136,8
Dezember	278,53	158,7	265,—	139,5
1951 März	285,98	163,1	270,—	142,1
Juni	310,94	176,7	288,—	151,6
September	323,—	183,5	294,—	154,7

Aus dieser Gegenüberstellung der Entwicklung der Monatsverdienste der Industriearbeiter und aller Arbeitnehmer ergibt sich für den Zeitraum vom Juni 1948 bis Juni 1951 eine Steigerung von rund 77 vH. für die Industriearbeiterverdienste, während die Verdienste aller Arbeitnehmer einschließlich der Industriearbeiter um rund 52 vH. gestiegen sind, wobei zu beachten ist, daß z. B. die Steigerungen im öffentlichen Dienst und in anderen Erwerbszweigen noch wesentlich unter diesem Durchschnitt liegen.

Aus dem Vergleich der Entwicklung der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Industriearbeiter und aller Arbeitnehmer errechnet sich eine durchschnittliche Steigerung der Verdienste für die Gruppe „alle Arbeitnehmer“ abzüglich Industriearbeiter — das sind die 70 vH. aller Arbeitnehmer — von nur 41 vH. seit Juni 1948.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß seit der Währungsreform keineswegs eine Entwicklung der Nominallöhne vorhanden ist, wie sie die Industriearbeiterverdienste allein widerspiegeln. Für die praktische Lohnpolitik ist aber die wichtigste Aufgabe, die Kaufkraft zu sichern und entsprechend dem steigenden Sozialprodukt zu heben. Es ist nicht entscheidend, welche Steigerung der Nominalverdienst in einem Zeitraum zu verzeichnen hat. Ausschlaggebend ist und bleibt zu jeder Zeit vielmehr, in welchem Umfang sich die Kaufkraft des Lohnes verändert.

2. Preisindex für die Lebenshaltung

In dem bereits erwähnten Bericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wird eine Steigerung der Preise für die Lebenshaltung um 12 vH. vom Juni 1948 bis Juni 1951 angegeben. Diese Erhöhung um 12 vH. ist der amtlichen Preisindexziffer für die Lebenshaltung entnommen. Die Benutzung der amtlichen Preisindexziffer für die Lebenshaltung als alleinigen Maßstab ist um so befremdender, als in gemeinsamen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften, Arbeitgebern und dem Statistischen Bundesamt die Unbrauchbarkeit dieser Indexziffer zur Berechnung des Reallohnes übereinstimmend festgestellt worden ist.

Die Preisermittlungen, die als Grundlage für die amtliche Indexziffer der Lebenshaltungskosten dienen, werden keineswegs den tatsächlichen Verhältnissen gerecht,

zumal zwischen dem Zeitpunkt der Erhebung und der Veröffentlichung meist ein weiter Zeitraum liegt, in dem sich, wie gerade die Verhältnisse bei den Grundnahrungsmitteln in den letzten Monaten des vergangenen Jahres gezeigt haben (erinnert sei hier nur an die Steigerung der Fleisch- und Fettpreise), die Preise wesentlich veränderten.

Darüber hinaus ist nicht bekannt, ob die der amtlichen Indexziffer zugrunde gelegten Grundvoraussetzungen wirklich den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Die amtliche Indexziffer geht von einer vierköpfigen Arbeitnehmerfamilie aus; dabei wurde angenommen, daß außer dem Arbeitseinkommen des Haushaltungsvorstandes noch das Einkommen eines weiteren Familienmitgliedes zur Verfügung steht. Als Basis diente eine Familie, die im 1. Vierteljahr 1949 ein Bruttoarbeitseinkommen von 320 DM je Monat hatte. Bisher hat aber die amtliche Statistik noch keinen Beweis dafür zu erbringen vermocht, daß diese 320 DM einer vierköpfigen Arbeitnehmerfamilie wirklich das typische Familieneinkommen des westdeutschen Arbeitnehmerhaushaltes darstellen. Die Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitgeber waren sich darüber einig, daß schnellstens eine Ermittlung des typischen und durchschnittlichen Familieneinkommens bei den Arbeitnehmern auf völlig neuer Grundlage durchgeführt werden muß. Wenn man beispielsweise von einem verhältnismäßig niedrigen Einkommen ausgehen muß, ist der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel verhältnismäßig hoch. Gerade diese Nahrungsmittel aber sind im letzten Jahr im Preise sehr stark gestiegen, und wenn diese im Index stärker berücksichtigt werden als dies bisher geschieht, heißt das, daß man zu einem höheren und stärker steigenden Index kommt als dieses die bisherige amtliche Berechnung nachzuweisen vermag.

Ein weiterer wesentlicher Punkt liegt in der Auswahl der einzelnen Waren, die im Rahmen einer Indexziffer der Lebenshaltungskosten erfaßt werden, d. h. in der Frage des sogenannten *Warenkorbes*. Bekanntlich kann man in einem Index nicht alle Preise erfassen; man muß eine Auswahl treffen und dabei solche Waren hereinnehmen, die für die Nachfrage der Arbeitnehmerhaushaltungen typisch sind. Nun legt die amtliche Indexziffer, basiert auf das 1. Vierteljahr 1949, aber beispielsweise für Lebensmittel einen Warenkorb zugrunde, der den damaligen, zum Teil noch rationierten Versorgungsverhältnissen entsprach. Mit anderen Worten, man hat die Kohlehydrat-träger, wie z. B. Kartoffeln, verhältnismäßig zu stark berücksichtigt, die wertvolleren Lebensmittel, wie Fleisch, Vollmilch und Fette, aber zu gering eingesetzt. Versuchsweise Berechnungen haben ergeben, daß die Korrektur allein dieses Tatbestandes die Indexziffer der Ernährungskosten gegenwärtig um 10 Punkte höher ausweisen würde als dies die amtliche Indexziffer tut.

Ähnliche Bedenken lassen sich hinsichtlich der warenmäßigen Zusammensetzung auch bei anderen Gruppen der Indexziffer der Lebenshaltungskosten geltend machen. Der Forderung der Gewerkschaften, aus den monatlichen Erhebungen über die Wirtschaftsrechnungen auszuführen, welche Waren tatsächlich gekauft werden, wurde bisher nicht nachgekommen.

Man hat vielmehr, beispielsweise in der Gruppe Textilien, ein Sortiment ausgedacht, wie es den Vorstellungen der Bearbeiter gerade entsprach. Daß hierbei wesentliche Fehlschätzungen unterlaufen können, liegt klar auf der Hand; wenn z. B. im Warenkorb Textilien — Erzeugnisse der Wollindustrie, deren Preise stark gestiegen sind — zu wenig berücksichtigt sind, würde dies die Indexziffer wesentlich unter einem wirklichkeitsnahen Stand halten.

Schließlich ist hier noch auf die Frage der Erfassung der Preise für das Jahr 1938 hinzuweisen. Die amtliche Preisstatistik ist bekanntlich in der Nachkriegszeit ausgebaut worden und erfaßt heute zahlreichere Artikel als dies vor dem Kriege der Fall war. Für diese in die Erhebung neu aufgenommenen Artikel gab es in der Vorkriegszeit noch keine Anschreibungen. Sie müssen daher in der Nachkriegszeit für das Jahr 1938 neu geschaffen werden.

Die Sammlung dieses preisstatistischen Materials für 1938 läßt aber erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der bisher für die Vorkriegszeit veröffentlichten Daten aufkommen. Wenn aber die Vorkriegsdaten nicht richtig sind, kann nicht erwartet

werden, daß nun eine Lebenshaltungsindexziffer, basiert auf 1938, vernünftige Ergebnisse bringt.

Selbst wenn man alle diese vorstehenden Einwände nicht berücksichtigen würde, bleibt noch ein weiterer bestehen. Er liegt in der Unvergleichbarkeit der Verhältnisse von 1938 und der Gegenwart. 1938 hatten die deutschen Arbeitnehmer einen bestimmten Nominallohn zu verzeichnen, mit dem sie ein bestimmtes Verbrauchsvolumen erreichen konnten. Bis zur Gegenwart hat sich aber die Zusammensetzung dieses Verbrauchsvolumens in vielen Punkten so entscheidend geändert, daß ein unmittelbarer Vergleich der Verhältnisse von 1938 und beispielsweise von 1951 nicht möglich ist. Es ist nicht damit getan, die amtliche — ursprünglich auf das 1. Vierteljahr 1949 basierte — Indexziffer auf das Jahr 1938 zurückzubasieren. Diese Indexziffer geht von den Verbrauchsverhältnissen der Nachkriegszeit aus und läßt nur erkennen, wie sich dieser Warenkorb der Nachkriegszeit preismäßig von 1949 zurück nach 1938 verändert hat. Dieser Warenkorb entspricht aber nicht den tatsächlichen Verbrauchsverhältnissen des Jahres 1938. Aus diesem Grunde haben wiederum Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam festgestellt, daß der amtliche Index der Lebenshaltungskosten, umbasiert auf 1938, nicht verwendet werden darf, um *Reallohnvergleiche* zwischen der Vor- und Nachkriegszeit anzustellen,

Genau betrachtet ist dieses Problem des langfristigen Reallohnvergleiches überhaupt unlösbar. Man kann sich aber einer richtigen Lösung stärker annähern als es bei einfacher Verwendung der Nachkriegsindexziffer mit Umbasierung auf 1938 geschieht. Dies ist dann möglich, wenn man ein Indexpaar berechnet, wobei die eine Indexziffer von den Verbrauchsverhältnissen der Vorkriegszeit und die andere von den Verbrauchsverhältnissen der Nachkriegszeit ausgeht. Nimmt man dann beide Indexreihen, so wird eine ungefähre Vorstellung von der tatsächlichen Entwicklung vermittelt.

Wenn trotz dieser Einwände immer wieder die amtliche Preisindexziffer für die Lebenshaltung zur Berechnung des Reallohnes von 1938 bis zur Gegenwart herangezogen wird, so liegt der Schluß nahe, daß mit Hilfe einer solchen Berechnung etwas nachgewiesen werden soll, was nicht den Tatsachen entspricht.

Freilich muß man sich darüber klar sein, daß auch eine revidierte Indexziffer der Lebenshaltungskosten nur einen Teil der Einwände zu entkräften vermag, die eben gerade gegen die bisherige amtliche Indexziffer vorgebracht worden sind. Die Fehler könnten aber zweifellos gegenüber dem jetzigen Zustand erheblich vermindert werden. Dies zeigt schon eine Kontrollberechnung, die das WWI kürzlich unter der Bezeichnung „Lebenshaltungsindex der niedrigsten Einkommen“ veröffentlicht hat.²⁾

Diese Indexziffer geht von einem Brutto-Einkommen von 200 DM (Stand Monatsdurchschnitt 1. Vierteljahr 1949) aus. Sie zeigt, daß die seit der Korea-Krise eingetretene Preissteigerung bis Ende 1951 (November) 17 vH. betragen hat gegenüber 11 vH., nach den Berechnungen der amtlichen Indexziffer. Gerade die unbemittelten Bevölkerungskreise sind also von der Preissteigerung für wichtige Verbrauchsgüter viel stärker betroffen worden.

Das WWI hat selbst darauf hingewiesen, daß die von ihm berechnete Indexziffer noch eine Anzahl von Mängeln enthält. Man sollte daher in Zukunft derartige Indexziffern — bei aller Notwendigkeit, sie zu verbessern — nur mit Vorbehalt verwenden, wenn es sich um langfristige Übersichten über die Entwicklung der Preise und Löhne handelt. Man kann außerdem diese Indexziffer nicht zum Angelpunkt lohnpolitischer Überlegungen machen, da andere Gesichtspunkte,

2) Vergleiche Mitteilungen des WWI, 3. Jahrgang Nr. 8 v. August 1950, S. 6 ff,

nämlich die Rolle der Löhne als Kostenfaktor und die Rolle der Löhne im Rahmen der Gesamtbetrachtung der Wirtschaft, von entscheidender Bedeutung sind.

3. Reallohn

Stellen wir uns aber einmal auf den Standpunkt, daß die amtliche Indexziffer der Lebenshaltungskosten doch geeignet wäre, Reallohnberechnungen zu ermöglichen, dann käme man ungefähr zu dem Ergebnis, daß von Juni 1948 bis Juni 1951 die Wochenverdienste der Industrie-Arbeiter um 80 vH., die Preise der Verbrauchsgüter im Einzelhandel um 12 vH. gestiegen seien. Eine solche Darstellung verschweigt aber, daß zwischen Löhnen und Preisen schon im Juni

1948 ein erheblicher Unterschied bestand, so daß von einem normalen Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen im Zeitpunkt der Währungsreform nicht gesprochen werden kann.

Nach der amtlichen und auch noch falschen Statistik, die von den Arbeitgebern herangezogen wird, verzeichnen die Preise im Juni 1948 nämlich einen Stand von 151 (1938 = 100) und die Löhne dagegen einen solchen von nur 101 (1938 = 100). Das heißt, daß die Preise von 1938 bis Mitte 1948 um 50 vH. mehr als die Löhne gestiegen sind (siehe Schaubild 1).

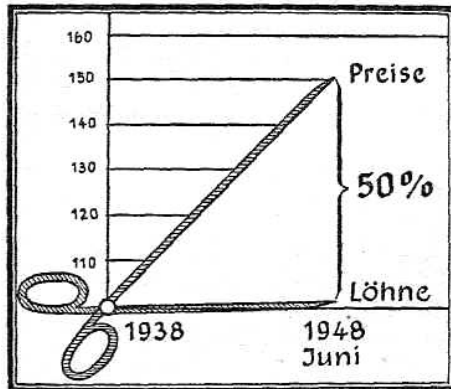


Schaubild 1: Löhne und Preise im Zeitpunkt der Währungsreform

Die von den Arbeitgebern wiedergegebene Darstellung der Lohn-Preisentwicklung von 1948 bis 1951 erweckt aber den Anschein, als ob Mitte 1948 ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen diesen Löhnen und diesen Preisen geherrscht habe. Das damals gegebene Mißverhältnis zwischen Preisen und Löhnen ist darauf zurückzuführen, daß die Löhne bis November 1948 dem Lohnstopp unterlagen und sich nicht frei entwickeln konnten, während sich die Preise bereits bis zur Währungsreform im wesentlichen von ihren Bindungen gelöst hatten. Somit stand einer relativ freien Preisentwicklung bis zur Währungsreform ein gestoppter Lohn gegenüber. Die Lohnsteigerungen nach der Währungsreform sind demnach nichts anderes als ein Nachziehen der Löhne an die weit vorausgeeilten Preise. Irreführend sind auch die Unterlagen, die von Seiten der Bundesregierung über die Reallohnentwicklung im internationalen Vergleich seit Beginn der Korea-Krise veröffentlicht worden sind. In dem nachfolgenden Schaubild (2), das von der Bundesregierung herausgegeben wurde, sind Indexziffern der Arbeitsverdienste und der Einzelhandelspreise, jeweils basiert auf den April 1950, nebeneinandergestellt worden.

Betrachtet man die Darstellung über Löhne und Preise in der Bundesrepublik, so wird der optische Eindruck erweckt, daß die Löhne in einem viel stärkeren Maße angestiegen sind als die Preise. Das ist jedoch nur insoweit richtig, als man den Zeitraum April 1950 bis Juni 1951 zugrunde legt.

Der große Fehler dieser Darstellung liegt aber darin, daß man im April 1950 Löhne und Preise gleich 100 setzte. Die Bundesregierung geht also davon aus, daß das Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen im April 1950 völlig ausgeglichen war. Schlußfolgerungen aus einer solchen Betrachtungsweise sind daher falsch und zudem sehr gefährlich.

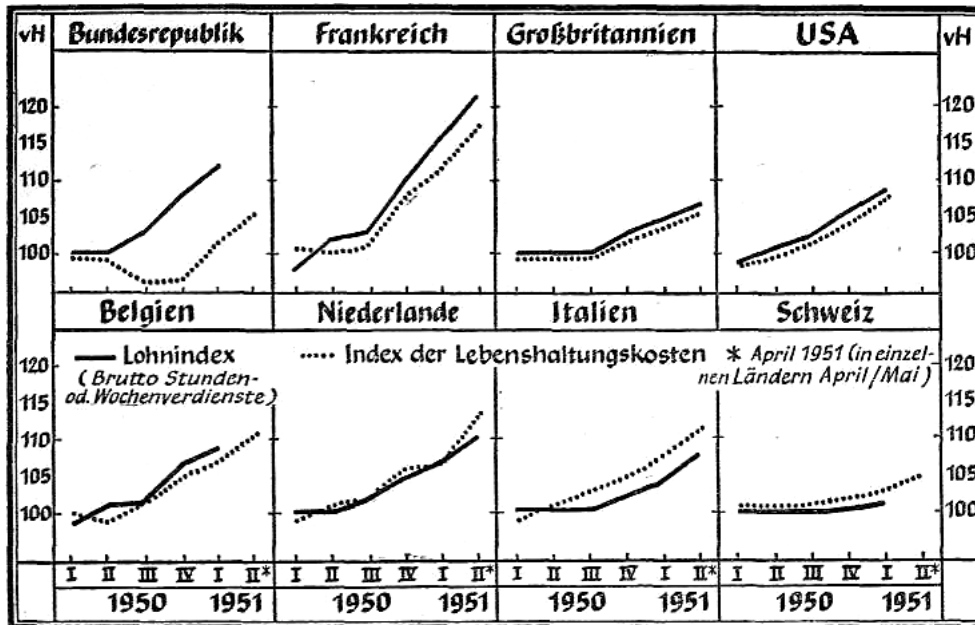


Schaubild 2: Löhne und Preise in Westeuropa

Was nun die Darstellung der Lohn- und Preisentwicklung in den übrigen Ländern (siehe Schaubild 2) betrifft, so ist hier ein Vergleich überhaupt nicht möglich, weil die Kaufkraft des Lohnes von Land zu Land sehr unterschiedlich ist. Daher ist auch die Behauptung, daß die Lohn-Preisentwicklung in Deutschland günstiger verlaufen sei als in den erwähnten Ländern, irreführend, weil hierbei die Tatsache unberücksichtigt geblieben ist, daß der gewählte Ausgangspunkt — Juni 1950 — keineswegs in allen Ländern ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen zur Grundlage gehabt hat. So muß auch das Schaubild 3 über die Reallohnentwicklung zu einer unrichtigen Schlußfolgerung führen.

Wenn man in der Weise verfahren will wie die Bundesregierung, dann kann man auch mit gleichem Recht ein Schaubild zeichnen, das von den Verhältnissen im Jahre 1938 ausgeht und zeigt, welchen gewaltigen Rückstand die Arbeitnehmer in ihrer Reallohnentwicklung noch aufzuholen haben (siehe Schaubild 4).

Daß aber auch solche graphischen Darstellungen — selbst wenn man eine vernünftige Basis wählt — über die Höhe der Lebenshaltung in den einzelnen Ländern nichts aussagen können, liegt auf der Hand. Die Verbrauchsverhältnisse sind in den einzelnen Ländern absolut verschieden. Die Lebenshaltung in den USA ist etwa dreimal so hoch wie in Westdeutschland. Nur

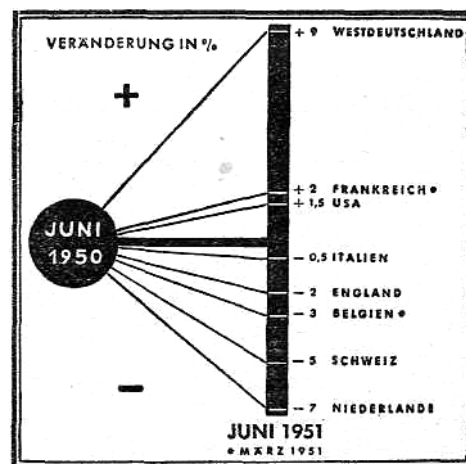


Schaubild 3: Reallohnentwicklung seit der Koreakrise

us einem Vergleich des *Niveaus* und der *Entwicklung* der Reallöhne können einigermaßen zuverlässige Schlüsse gezogen werden.

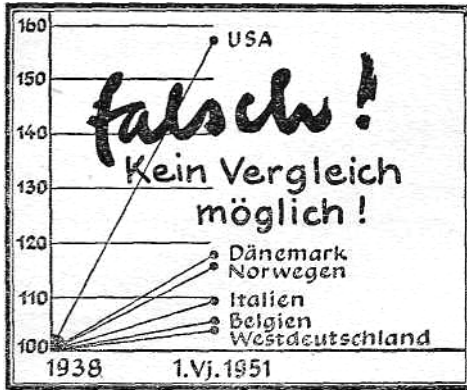


Schaubild 4: „Reallohnentwicklung“ seit 1938

Es kann nicht Aufgabe dieser Betrachtungen sein, einen solchen Vergleich hier im einzelnen durchzuführen. Eine gewisse Vorstellung von den bestehenden Differenzen erhält man aber, wenn man die Kaufkraft des Lohnes der Industriearbeiter in den einzelnen Ländern an wichtigen einzelnen Erzeugnissen mißt. Obwohl auch dieser Kaufkraftvergleich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, zeigt er doch klar und eindeutig die Niveau-Unterschiede der Lebenshaltung bei einzelnen Waren (siehe Schaubild 5).

4. Verbrauch

Daß die in der Öffentlichkeit verbreiteten Vorstellungen über Stand und Höhe des Realeinkommens den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen können, geht auch aus Untersuchungen über die Verbrauchsentwicklung hervor.

Der Bundesminister der Finanzen hat einen Vergleich des Verbrauchs an Fleisch, Reinfettwerten und Zucker in Westdeutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika angestellt. Danach liegt der Fleischverbrauch in Westdeutschland mit 36,5 Kilogramm weit unter dem Verbrauch in Großbritannien mit 55 Kilogramm und dem in den Vereinigten Staaten von Amerika mit 79,5 Kilogramm je Kopf und Jahr. Der Fettverbrauch in Westdeutschland liegt dagegen etwas höher als in den beiden übrigen Vergleichsländern, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß der Butterverbrauch je Kopf der Bevölke-

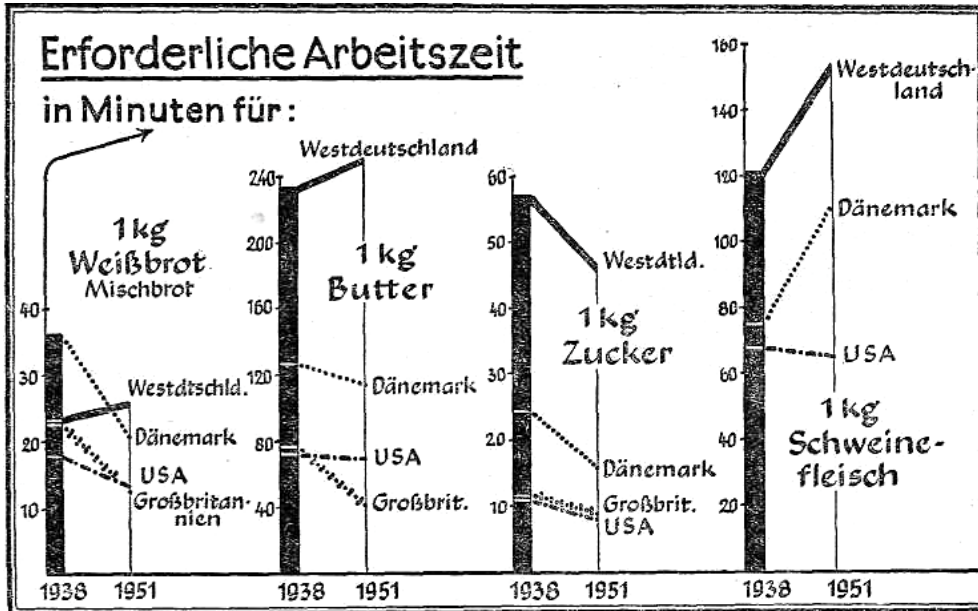


Schaubild 5

rung in Westdeutschland erheblich niedriger ist als in den beiden anderen Vergleichsländern. Besonders interessant ist die Tatsache, daß in Westdeutschland je Kopf und Jahr 27 Kilogramm Zucker verbraucht werden, während die Vergleichszahlen für Großbritannien 37 Kilogramm und für die Vereinigten Staaten von Amerika 44 Kilogramm betragen. Von Bedeutung ist ferner die Tatsache, daß der Fleischverbrauch in Westdeutschland rund 15 Kilogramm unter dem Vorkriegsverbrauch des Jahresdurchschnitts von 1935/38 liegt. Entsprechend weit liegt der Genußmittelverbrauch in Westdeutschland hinter dem der beiden genannten Vergleichsländer zurück. (Vergleiche Übersicht.)

Der Genußmittelverbrauch im In- und Auslande

Jahresverbrauch je Einwohner		Deutsches Reich	Westdeutschland	UK	USA
		1936	1950	1948	1948
Tabak	kg	1,8	1,4	1,8	4,3 ¹⁾
Kaffee	kg	1,9	0,55	0,8	8,3
Tee	kg	0,1	0,04	3,66	0,23
Bier	Ltr.	58,7	35	107,0 ²⁾	69,7 ²⁾
Branntwein (Weingeistgehalt)	Ltr.	1,0	0,75	0,56 ²⁾	2,35 ²⁾

Anmerkung: ¹⁾ 1947 ²⁾ Durchschnitt 1946/48.

Wenn aber schon auf diesen wichtigen Gebieten der Durchschnitt des Verbrauchs je Kopf in Westdeutschland hinter dem Vorkriegsstand zurückbleibt, um wieviel mehr noch ergibt sich ein Rückstand für die Arbeitnehmer im Rahmen der gesamten westdeutschen Bevölkerung. Das Statistische Bundesamt hat in seiner Veröffentlichung „Bevölkerung und Wirtschaft im Bundesgebiet“ Unterlagen über den Verbrauch je Kopf im Bundesgebiet und den Verbrauch je Kopf der Arbeitnehmerhaushaltungen nebeneinander gestellt. Wenn man hieraus den Verbrauch je Kopf in den Arbeitnehmerhaushaltungen einerseits und in den übrigen Haushaltungen andererseits errechnet, so ergibt sich, daß bereits im Jahre 1950 die übrigen Haushaltungen rund doppelt so hohen Verbrauch je Kopf hatten wie die Personen in den Arbeitnehmerhaushaltungen. Selbstverständlich kann ein solcher Vergleich bei den zur Verfügung stehenden unvollständigen Unterlagen nur innerhalb gewisser Grenzen benutzt werden. Es ist aber interessant, daß alle Kreise, die bisher die Statistik der Wirtschaftsrechnungen in Arbeitnehmerhaushaltungen für repräsentativ genug hielten, um daraus die Verbrauchsgliederung innerhalb der Indexziffern für die Lebenshaltungskosten zu ermitteln, jetzt plötzlich darauf hinweisen, daß diese Statistik für das Lebensniveau der Arbeitnehmer nicht repräsentativ sei. Es besteht aber kein Zweifel darüber, daß gerade in den entscheidenden Gruppen des gehobenen Lebensbedarfs der Rückstand der Arbeitnehmerhaushaltungen noch größer ist als es der obengenannten Durchschnittsziffer entspricht.

5. Gewinne und Sozialprodukt

Die Entwicklung der Gewinne ist jedem, der die Verhältnisse in der Industrie wirklich kennt, durchaus verständlich. Sie erklärt sich in erster Linie aus der Schere zwischen den Materialpreisen und den Fertigwarenpreisen. Eingehende Berechnungen haben nämlich gezeigt, daß die Industrie im Durchschnitt gegenüber der Vorkriegszeit ihre Fertigwarenpreise stark zu steigern vermochte, und zwar stärker als das den Preisen ihrer Rohstoffe und Halbstoffe entsprach. Hinzu kommt, daß seit der Währungsreform die Kapazitätsausnutzung der Industriebetriebe wesentlich erhöht werden konnte. Damit aber hat sich die Last der fixen Kosten, die nach früheren Berechnungen bei voller Auslastung der Anlagen rund ein Drittel beträgt, im Laufe der letzten drei Jahre erheblich vermindert. Bereits am 23. September 1949 erklärte der Bundeswirtschaftsminister zu

der Tatsache der Kostendegression: „Dadurch, daß seit der Währungsreform die individuelle Arbeitsleistung um 20 bis 30 vH. zugenommen hat und die industriellen Kapazitäten sich im Durchschnitt verdoppelt haben, müßte das Gesetz der Kostendegression in so hohem Maße wirksam geworden sein, daß sich seit Beginn dieses Jahres Möglichkeiten für beträchtliche Preissenkungen ergaben.“

Die Kostendegression bietet die Möglichkeit, die Preise der erzeugten Waren zu senken oder Preissteigerungen des Weltmarktes abzufangen, wie auch die Möglichkeit, die Löhne zu erhöhen. So haben die Gewerkschaften bis zum Herbst 1950 auf einen wesentlichen Rückgang des gesamten Preisniveaus gewartet, wie er sich aus der Kostendegression hätte ergeben müssen. Erst als das Gegenteil davon eintrat, nämlich Preissteigerungen, waren die Gewerkschaften gezwungen, eine aktive Lohnpolitik einzuleiten.

Aber nicht nur in der Industrie bemerken wir ein Zurückbleiben des Anteils der Arbeitnehmer am Sozialprodukt. Das gleiche gilt für das Sozialprodukt im ganzen gesehen. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt, der im zweiten Halbjahr 1948 noch 63,5 vH. betrug, ist bis zum ersten Halbjahr 1951 auf 56,8 vH. zurückgegangen. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß dieser Anteil von Halbjahr zu Halbjahr eine gewisse jahreszeitliche Schwankung zeigt, wobei das erste Halbjahr jeweils immer einen etwas höheren Anteil ergibt. Hinzu kommt, daß nach Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin die Arbeitnehmer ebenso wie die Empfänger von Sozialleistungen — verglichen mit den Selbständigen — seit der Währungsreform praktisch ununterbrochen an Boden verloren haben. Allein die Privateinkommen, die nur Löhne und Gehälter, Entnahmen der Selbständigen und Übertragungszahlungen enthalten (also nicht die in Betrieben stehenden reinvestierten Gewinne), lassen erkennen, daß die Selbständigen ihren Anteil an diesem verfügbaren Privateinkommen von 1948/49 bis 1950/51 auf gleicher Höhe halten konnten. Die Zunahme der Leistungen an die sozial Schwachen (Rentner und Unterstützungsempfänger) ist mit einer Senkung des Anteils der Lohn- und Gehaltsempfänger am Volkseinkommen erkauft worden.

Gliederung des verfügbaren Privateinkommens in vH.

	1948/49	1949/50	1950/51
Lohn und Gehalt	56,3	55,0	54,9
Entnahmen der Selbständigen	22,0	21,8	22,9
Übertragungszahlungen	20,8	23,2	22,2
zusammen	100,0	100,0	100,0

Hinzu kommt aber, daß diese Entnahmen der Selbständigen nur einen Teil der wirklichen Gewinne darstellen. Der größte Teil der in der Wirtschaft erarbeiteten Gewinne fließt nämlich nicht in dieser Form ab, sondern wird auf dem Wege der Selbstfinanzierung sofort wieder im Betrieb investiert.

Nach Berechnungen des Berliner Instituts für Wirtschaftsforschung sind die unverteilter Gewinne der Wirtschaft von 7,8 Milliarden DM im Jahre 1948/49 auf 13,2 Milliarden DM im Jahre 1950/51 angewachsen. Gewiß wird in der Öffentlichkeit von interessierter Seite immer wieder darauf hingewiesen, daß diese Beträge ja gerade nicht verbraucht, sondern für den Wiederaufbau der Wirtschaft verwendet worden seien. Das ist richtig. Wir haben aber den einzigartigen Fall, daß diese Beträge auf dem Umweg über die höheren Verbrauchspreise von den Konsumenten aufgebracht worden sind. Sie stellen tatsächlich aber einen Vermögenszuwachs der selbständigen Unternehmer dar. Hinzu kommen die Beträge, die über „Betriebskosten“ laufen und teilweise Investitionen und teilweise Privatverbrauchsausgaben darstellen. Beide Posten konnten in den vorliegenden Ziffern noch nicht einmal berücksichtigt werden.

III. LOHNPOLITIK ALS TEIL DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Eine vernünftige Lohnpolitik kann nur im Rahmen einer sinnvollen Wirtschaftspolitik wirkungsvoll gestaltet werden. Der Lohn ist, wie bereits betont, nicht nur als Einkommen des Arbeitnehmers, bei dem die Preise der Verbrauchsgüter interessieren, zu betrachten, sondern auch gleichzeitig als Kostenfaktor, von dessen Gestaltung es nicht zuletzt abhängt, wie groß das Sozialprodukt sein kann.

Die Gewerkschaften setzen sich mit aller Kraft für eine gesteigerte Lebenshaltung der Arbeitnehmer ein. Diese gesteigerte Lebenshaltung mag zum Teil durch die gerechte Verteilung des gegebenen Sozialproduktes erreichbar sein. Der entscheidende Fortschritt läßt sich jedoch nur erzielen, wenn das Sozialprodukt selbst gesteigert und fühlbar vergrößert wird.

Eine solche Vergrößerung des Sozialproduktes hängt unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Westdeutschland aber von der Erfüllung bestimmter wirtschaftspolitischer Voraussetzungen ab. Solange wir uns in Westdeutschland nicht entschließen können, die Investitionen zumindest in den Schwerpunkten zu regeln, wird es unmöglich sein, die aufgetretenen Engpässe — beispielsweise im Bergbau, in der Stahlindustrie, bei der Bundesbahn, in der Energieversorgung, der Wasserwirtschaft und dem Wohnungsbau — zu überwinden. Ohne eine solche Überwindung muß die Ausdehnung des Produktionsvolumens auf unüberwindbare Schwierigkeiten stoßen. Es ist daher auch eine lohnpolitische Forderung, wenn die Gewerkschaften ihre Forderungen nach Lenkung der Investitionen immer wiederholen.

In untrennbarem Zusammenhang mit der Steuerung der Investitionen steht die Verknüpfung der Wohnungsbaupolitik mit der Politik des Arbeitseinsatzes. Eingehende Untersuchungen haben erwiesen, daß es während des letzten Jahres praktisch nicht gelungen ist, die Arbeitslosigkeit der strukturell Arbeitslosen (Flüchtlinge) in den Notstandsgebieten der drei größten Flüchtlingsaufnahmeländer wesentlich zu ändern. Eine solche Verminderung kann nur durchgeführt werden, wenn dort, wo zusätzlich Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, auch Wohnungen errichtet werden.

Schließlich werden wir uns wahrscheinlich darauf einstellen müssen, daß in absehbarer Zeit in der Versorgung mit einigen ausländischen Rohstoffen die eine oder andere Importschwierigkeit eintreten kann. Wir sollten nicht warten bis diese Schwierigkeiten auftreten, sondern alle Vorbereitungen treffen, um ihnen rechtzeitig mit den geeigneten Mitteln begegnen zu können.

Nur wenn diese Grundvoraussetzungen der allgemeinen Wirtschaftspolitik gegeben sind, besteht eine Möglichkeit, auch jenes andere große soziale Anliegen zu erfüllen, das darin besteht, jedem einzelnen in Westdeutschland ein soziales Existenzminimum und einen sicheren Arbeitsplatz auf die Dauer zu gewährleisten. Eine solche fortschrittlich geführte Wirtschaftspolitik würde die Auseinandersetzungen auf lohnpolitischem Gebiet auf eine völlig andere Grundlage heben. Allerdings bleibt daneben ein Problem bestehen, das sich überwiegend aus den soziologischen Zusammenhängen ergibt. Wir können nicht erwarten, unsere Produktion und unsere Produktivität wirklich entscheidend zu steigern, wenn es nicht gelingt, das gesamte soziale Klima in den Betrieben und über die Betriebe hinaus in der gesamten Wirtschaft entsprechend den gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung neu zu gestalten.